



A U S Z U G

**aus der Niederschrift der 36. Sitzung (VII. Wahlperiode)
der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz am 22.02.2023**

N I E D E R S C H R I F T

über die 36. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Reinhard Drogla,

1. stellvertretender Vorsitz

Herr Klaus Groß,

2. stellvertretender Vorsitz

Frau Karin Kühl,

Oberbürgermeister

Herr Tobias Schick,

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Sven Benken, Herr Dr. Wolfgang Bialas, Herr Dr. Tilo Biesecke, Frau Barbara Domke, Frau Eva Engelhardt, Herr Rüdiger Galle, Herr Philipp Gärtner, Frau Anja Heger, Herr Matthias Heine, Herr Joachim Käks, Herr Torsten Kaps, Herr André Kaun, Frau Kerstin Kircheis, Frau Dr. med. Margrit Koal, Herr Dr. Martin Kühne, Herr Gunnar Kurth, Herr Jörn-Matthias Lehmann, Herr Matthias Loehr, Frau Birgit Mankour, Herr Heinz-Dieter Markusch, Herr Sten Marquaß, Herr Dietmar Micklich, Herr Frank Mittag, Herr Michael Rabes, Herr Eberhard Richter, Herr Andreas Rothe, Herr Ingo Scharmacher, Herr Richard Schenker, Herr Jörg Schnapke, Herr Andy Schöngarth, Herr Dieter Schulz, Herr Dietmar Schulz, Herr Felix Sicker, Herr Jürgen Siewert, Herr Peter Sohst, Frau Marianne Spring-Räumschüssel, Herr Michael Steinberg, Herr Hagen Strese, Herr Dr. Mario Sutowicz, Herr Hans-Joachim Weißflog,

Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

TOP 9.3

Errichtung eines Friedhofes bzw. einer Gräberstätte für Bestattungen von Verstorbenen muslimischen Glaubens

Dokument: AT-04/23

Antragsteller: Fraktionen DIE LINKE.; B90/DIE GRÜNEN; SPD
(Austauschantrag vom 25.01.2023)
(Austauschantrag vom 15.02.2023)

Herr Dr. Bialas erinnert an die Diskussion im Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen. Nach seiner Auffassung sollte die Begrifflichkeit „Errichtung eines Friedhofes“ gestrichen werden und durch die Formulierung „Errichtung einer Gräberstätte“ ersetzt werden.
Er fragt die antragstellenden Fraktionen, ob diese Änderung jetzt vorgenommen werden kann?

Herr Loehr verweist auf einen Prüfauftrag, welcher lediglich prüfen soll, wo Verstorbene muslimischen Glaubens bestattet werden können. Es ist ein offenes Prüfverfahren.

Herr Schnapke bittet generell um die anerkennende Würdigung der Empfehlungen aus den jeweiligen Fachausschüssen.

Herr Schenker kündigt die Ablehnung des Antrages an, da in Deutschland Staat und Religion zu trennen ist. Antrag wäre für Staaten relevant, die sich klar zu einer Religion bekennen.

Herr Scharmacher vereist auf die erheblichen Mehrkosten und kündigt auch deshalb die Ablehnung des Antrages an.

Herr Richter informiert über die mehrheitliche Empfehlung aus den Fachausschüssen bzw. aus dem Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen mit der Bitte um Abänderung. Er wiederholt die Aussage seines Fraktionsvorsitzenden Herrn Loehr, dass es sich um einen offenen Prüfantrag handelt.

Herr Weißflog symbolisiert Gesprächsbereitschaft seiner Fraktion und erinnert daran, dass nicht die Begründung beschlossen wird. Es sollte beachtet werden, dass es hier um Cottbusser und Cottbusserinnen geht die ein Recht auf eine ordentliche Bestattung haben.

Herr Micklich informiert, dass die einhellige Meinung im Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen war es, dass die Begrifflichkeit „Errichtung eines Friedhofes“ zu streichen. Er unterstützt den Redebeitrag von Herrn Dr. Bialas und äußert Unverständnis für den vorliegenden Änderungsantrag und die Missachtung der eingebrachten Expertise in den Fachausschüssen.

Herr Mittag stellt rein formal klar, dass es unschädlich und sogar ratsam ist, einen Prüfantrag möglichst weit zu formulieren. Anders gesagt, man formuliert das Maximum, damit das was möglich ist rauskommt. Er verweist auf die Religionsfreiheit in Deutschland und das der Tod Bestandteil jeder Religion ist und somit auch die Bestattungsritualen. Gemäß dem Grundgesetz und der dort festgeschriebenen Religionsfreiheit haben wir also entsprechende Möglichkeiten der Bestattung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für diese Art von Bestattungen stehen bisher noch gar nicht fest.

Herr Droglä fasst die Redebeiträge zusammen. Man könnte sich darauf einigen, dass man eine Fläche auf einen Friedhof finden könnte. Anders gesagt, Errichtung einer Gräberstätte für Bestattungen von Verstorbenen muslimischen Glaubens auf einen kommunalen Friedhof.

Herr Kurth weist auf den Aspekt hin, dass der Anteil von Zugezogenen mit unterschiedlicher Religion sich erheblich erhöht hat. Um auch zukünftig Menschen unterschiedlicher Religionen gewinnen zu können, sollte dem vorliegenden Antrag zugestimmt werden um die Rahmenbedingungen in unsere Stadt attraktiv zu gestalten.

Herr Kurth beantragt eine kurze Beratungspause.

Pause (5 min)

Herr Kurth informiert im Namen der antragstellenden Fraktionen, dass der von Herrn Droglä eingebrachte Änderungsvorschlag treffend ist und berücksichtigt wird.

Herr Droglä verliest den **geänderten Antragstext**:

„Errichtung einer Gräberstätte auf einen kommunalen Friedhof für Bestattungen von Verstorbenen muslimischen Glaubens.“

Der Antrag ist **mehrheitlich in geänderter Form angenommen**.
Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschlusnummer: AT-04-36/23